Flüchtlings-Proteste | Seite 3
LINKE unterstützt Aktionen

Kiez-Kneipen | Seite 5
Ärger mit Bezirksamt

Euro-Streik | Seite 6
Internationale Bewegung

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#06 klar.links
Dezember 2012
22. Jahrgang

Meine Sicht.

Demokratische Kontrolle

Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Ursachen, die zur Verschiebung des Eröffnungstermins des Flughafens BER geführt haben, hat seine Arbeit aufgenommen. Drei Gesellschafter – Berlin, Brandenburg und der Bund - haben das Projekt offenbar schlecht gesteuert. Alle Parteien – außer der Piratenpartei – waren an den Entscheidungen zum Flughafen in den vergangenen 20 Jahren beteiligt. Die CDU wollte die Standortentscheidung. Die SPD hat jahrelang die wichtigsten Positionen im Aufsichtsrat besetzt. DIE LINKE hat in Regierungsverantwortung in Berlin und Brandenburg die Schließung von Tegel und Tempelhof abgesichert und den Bau in Schönefeld mit verantwortet. Selbst die Grünen waren kurzzeitig im Aufsichtsrat vertreten und machten sowohl in Berlin als auch im Bund den Flughafen zu einem Schwerpunktthema ihrer Politik. Schnelle Ergebnisse sind jedoch nicht zu erwarten. Zu umfangreich ist das angeforderte Material. Zu komplex sind die Fragen. Wir werden die Arbeit dazu nutzen, die demokratischen Kontrollmöglichkeiten für öffentliche Unternehmen und Projekte dieses Ausmaßes unter die Lupe zu nehmen und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.

Jutta Matuschek

Jutta Matuschek, MdA,
Mitglied im Untersuchungsausschuss

Sparen **bis es quietscht?**

Der Kürzungs-Kahlschlag des Senats trifft unseren Bezirk

„Sparen bis es quietscht“ – dieser nicht ganz neue Spruch von Klaus Wowereit ist vielleicht noch bekannt. Mit den Beschlüssen der rot-schwarzen Koalition zum Personalabbau geht den Bezirken nun langsam die Luft aus. Es reicht schon nicht mehr zum quietschen. Die Befürchtungen der Beschäftigten unseres Bezirksamtes, auf einer von der BVV-Fraktion der LINKEN angeregten, gut besuchten Protestversammlung im August formuliert, sollen nun Wirklichkeit werden. Anträge der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, den geplanten Abbau zurückzunehmen, wurden im November von SPD und CDU abgelehnt. Die Bezirke hätten ja nun Planungssicherheit, was ihre Beschäftigtenzahlen anging, lautete die sarkastische Argumentation von rot-schwarz.
Die Zahlen – über 10 Prozent der 1.780 Stellen in der Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg fallen bis 2016 weg – sind zunächst abstrakt. Die Arbeitsbelastung wird weiter zunehmen. Folge ist ein hoher Krankenstand. Welche Auswirkungen hätte der Kahlschlag aber konkret für die Bevölkerung unseres Bezirks? Das grün geführte Bezirksamt ist dabei, eine sogenannte Zielvereinbarung mit dem Senat abzuschließen, in der die Stelleneinsparungen mit möglichen Konsequenzen auf die nächsten Jahre aufgeteilt werden. Einige Beispiele der geplanten Einschnitte seien hier genannt: Vorsorgeuntersuchungen für Kinder von 4 bis 6 Jahren sind gefährdet. Einschränkungen bei der Hilfe für psychisch kranke und verhaltensauffällige Kinder stehen auf der Liste. Geschlossen wird zunächst eins der drei Bürgerämter – bis 2016 ein zweites. Geschlossen werden vermutlich auch zwei kleinere Stadtteilbibliotheken. Die ohnehin schon miserable Grünpflege im Bezirk soll um weitere 20 Prozent gekürzt werden. Die Liste der Grausamkeiten ließe sich um viele weitere Punkte fortsetzen.
Die LINKE hatte in die BVV einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, vor Beschlussfassung im Bezirksamt die Bezirksverordneten entscheiden zu lassen. Der Antrag wurde von Bündnis90/Die Grünen und SPD aus formalen Gründen abgelehnt. Ein sehr eigenartiges Demokratieverständnis meinen wir oder haben die beiden Parteien Angst, sich zu bekennen? Unsere Position ist eindeutig: Wir werden einem weiteren Personalabbau nicht zustimmen. Unsere Forderung an das Bezirksamt ist, die Zielvereinbarung mit dem Senat nicht zu unterschreiben, was im Übrigen vier andere Bezirke bis jetzt auch nicht tun wollen. Gerade die Erfahrungen in unserem Bezirk zeigen, dass sich Widerstand lohnt.
Mehr zum Personalabbau: Seite 7

Lothar Jösting-Schüßler,
Vorsitzender der Linksfraktion
Friedrichshain-Kreuzberg.

Direktkandidatin

Halina Wawzyniak wird für DIE LINKE bei den Bundestagswahlen 2013 in Friedrichshain-Kreuzberg antreten. Schon jetzt vertritt sie unseren Bezirk im Parlament. Am 24.11.haben die Delegierten des Bezirkes sie mit großer Mehrheit zur Kandidatin bestimmt. Im kommenden Herbst soll der Wiedereinzug gelingen. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land! Es bleibt viel zu tun.
Mehr von und über unsere Direktkandidatin: Seiten 2 und 5.

Foto: Rico Preuss

Eine aufgeklärte Gesellschaft braucht **keine Geheimdienste**

Schlimm genug, dass es einem Nazitrio – bekannt geworden als NSU – gelungen ist, unerkannt Menschen zu ermorden. Doch was sich im Rahmen der Aufklärung an Abgründen auftut, verschlägt einem die Sprache.
Der Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Erstaunlicherweise wird dieser nicht von parteipolitischem Geplänkel beherrscht, sondern von Aufklärungswillen. Doch Aufklärung scheint nicht im Interesse von Geheimdiensten zu liegen. Dass wir in Deutschland ein Rassismusproblem haben, scheint zudem bei einigen Zeugen noch nicht angekommen zu sein.
Seit Beginn der Untersuchungen ist klar: Es wurde keinesfalls in alle Richtungen ermittelt, sondern hauptsächlich im Bereich der organisierten Kriminalität. Dass eine solche Mordserie auf rechtsextremen Motiven beruhen könnte, wurde nie intensiv verfolgt. Das zeigt sich schon an der Tatsache, dass die Anfrage der ermittelnden Beamten aus Bayern über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zu Rechtsextremisten von diesem schnöde über Monate nicht beantwortet wurde. Hier zeigt sich, insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz und einige Landesämter für Verfassungsschutz (wie in Berlin) hatten keine Ahnung von der rechtsextremistischen Gefahr und bis heute kein schlechtes Gewissen, wenn sie Akten vernichten. Aber was für die Aufklärung im Rahmen des Untersuchungsauftrages relevant ist, entscheidet der Untersuchungsausschuss und nicht der Verfassungsschutz! Deshalb sollten dem Ausschuss alle Akten unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Das BKA hatte unmittelbar nach bekannt werden der NSU-Mordserie einen umfassenden Aktenvernichtungsstopp angeordnet, der Verfassungsschutz aber schredderte noch im Jahr 2012, der Berliner Verfassungsschutz sogar noch im Juni 2012.
Der Verfassungsschutz war eines der Probleme bei der Verhinderung weiterer Morde durch den NSU und ist eines bei der Aufklärung. Insbesondere dort herrscht der völlig unverständliche Gedanke: Schutz der Quellen geht vor Aufklärung von Straftaten. So bleiben V-Leute unerkannt, konnte ein NSU-Trio mordend durch die Lande ziehen und wird Aufklärung behindert.
Angebracht wäre eine Entschuldigung gegenüber den Angehörigen der Opfer, die selbst zum Teil Gegenstand von polizeilichen Ermittlungen waren. Angebracht wäre das Eingeständnis des Scheiterns der Strategie, mit V-Leuten und Geheimdiensten Nazistrukturen zu unterwandern. Angebracht wäre eine Auszeichnung für die zivilgesellschaftlichen Projekte, die lange vor den Geheimdiensten Material über die Vernetzung und Aktivitäten der Nazis gesammelt und öffentlich gemacht hatten. Nicht zuletzt sind sie der Beweis dafür, dass eine aufgeklärte Gesellschaft keine Geheimdienste benötigt, sondern eine wache Zivilgesellschaft.

Halina Wawzyniak, MdB

Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Foto: A. Kirch

Wasser ist Menschenrecht!

Europäische Unterschriftenaktion gegen Privatisierung der Wasserversorgung

Als Bedingung für die Rettungshilfen fordert die Europäische Kommission von Griechenland und Portugal unter anderem auch die Privatisierung ihrer Wasserversorgung. So unerhört dieser Vorgang ist, die Idee ist nicht neu. 2011 hatte die EZB dies durch einen „Anweisungsbrief“ auch mit Italien versucht. Aber die Regierungen Berlusconi und Monti scheiterten damit im Juli 2012 dank eines Urteils des italienischen Verfassungsgerichtshofs, der die Privatisierung der Daseinsvorsorge (so auch die Wasserversorgung) für „illegitim“ hält. Zuvor hatten die italienischen Bürgerinnen und Bürger dagegen gestimmt. Das hat auf europäischer Ebene leider kein Umdenken gebracht.
Der Lissaboner Vertrag ermöglicht erstmals in der EU das Mittel der Europäischen Bürgerinitiative. Europäische Bewegungen wie „Wasser in Bürgerhand“, der „Berliner Wassertisch“ und andere haben sich jetzt zusammengeschlossen und eine europäische Unterschriftenaktion für das „Recht auf Wasser“ und gegen die Privatisierung initiiert. Bis März 2013 braucht es mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten, um die EU-Kommission zum Handeln zu zwingen. Deshalb zählt jede Stimme für das Gelingen des Bürgerbegehrens! In Deutschland laufen die Fäden bei ver.di zusammen. Unterschriftenlisten gibt es und Unterzeichnen ist möglich unter: www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht

Martina Michels, MdA,
europapolitische Sprecherin

Asylbewerber wehren sich gegen diskriminierende Sondergesetze

Seit einigen Monaten ist Friedrichshain-Kreuzberg der Schauplatz von Flüchtlingsprotesten. Die Aktivisten wenden sich gegen diskriminierende Sondergesetze und -regelungen wie die Residenzpflicht, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung in Lagern. Sie fordern einen sofortigen Abschiebestopp, gleiche Rechte und eine Perspektive in dem Land, in dem sie Schutz und Zuflucht gesucht haben.
Durch die 1993 in Kraft getretene Asylrechtsreform wurde die Möglichkeit, in Deutschland Asyl zu erhalten, massiv eingeschränkt. Seitdem sind Flüchtlinge gezwungen, über Jahre hinweg unter inhumanen Bedingungen in Flüchtlingslagern zu leben, unterliegen faktischen Arbeitsverboten und dürfen aufgrund der sog. Residenzpflicht ihren Landkreis nicht verlassen. Gleichzeitig hängt über vielen das Damoklesschwert der Abschiebung. Die massive Beschneidung des Asylrechts machte die im wiedervereinigten Deutschland lebenden Flüchtlinge offiziell zu Menschen zweiter Klasse.
Nach dem Selbstmord des iranischen Asylbewerbers Mohammad Rahsepar Anfang des Jahres in Würzbug, dessen Gründe u.a. die menschenunwürdigen Zustände in deutschen Flüchtlingslagern und die sich stetig verzögernde Entscheidung über seinen Asylantrag waren, haben sich deutschlandweit Asylsuchende dazu entschlossen gemeinsam gegen diese Zustände zu protestieren. Dabei haben sie ganz bewusst gegen die Residenzpflicht verstoßen und sind aus allen Teilen des Landes nach Berlin marschiert. Seither leben die Flüchtlingsaktivisten in einem Protestcamp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg. Hier werden die Flüchtlinge nicht nur geduldet. Auf Initiative der Linksfraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt der Bezirk die Forderungen der Flüchtlingsaktivisten gegen die inhumanen Sondergesetze und hat ihnen die Möglichkeit eingeräumt auf dem Oranienplatz zu kampieren.
Im Bezirk Mitte sieht es dagegen völlig anders aus. Dort werden die Flüchtlinge von der Polizei und dem von der SPD geführten Bezirksamt drangsaliert und zermürbt. Nachdem die Aktivisten mit einer permanenten Mahnwache auf dem Pariser Platz auch die Bundesregierung und den Berliner Senat auf die Missstände aufmerksam machen wollten, wurden sie mit Repressionsmaßnahmen überzogen, die sie aus Verzweiflung in einen unbefristeten Hungerstreik getrieben haben. DIE LINKE verurteilt dieses Vorgehen aufs schärfste und solidarisiert sich mit den Forderungen der Flüchtlingsaktivisten gegen die inhumanen diskriminierenden Sondergesetze.

Reza Amiri

Kalte Politik fordert **heiße Solidarität**

Ein Gespräch aus dem Refugee-Protestcamp am Oranienplatz

Es ist kalt geworden in Berlin. Seit über zwei Monaten machen Flüchtlinge auf Ihre Situation aufmerksam, indem sie die Öffentlichkeit suchen. Das geschieht durch Ihre Camps, die sie auf dem Oranienplatz und am Brandenburger Tor aufgeschlagen haben. Das sind die Zielstationen ihres Protestmarsches von Würzburg nach Berlin. klar.links hat mit einem Vertreter der Flüchtlinge gesprochen.

Welche grundsätzlichen Forderungen habt Ihr, auf die bisher noch nicht reagiert wurde?
Wir fordern den Stopp aller Abschiebungen und die Abschaffung der Residenzpflicht. Die Residenzpflicht zwingt uns, in einem vorgeschriebenen Landkreis zu bleiben. Wir fordern weiterhin die Abschaffung der Unterbringung in Lagern. Wir sind gezwungen in heruntergekommenen Lagern, abgeschnitten von der Gesellschaft und den Angriffen von Neonazis ausgesetzt, zu leben. Wir fordern die Unterbringung in angemessenen Wohnungen in einer Region unserer Wahl!
Migration wird in letzter Zeit kriminalisiert, dabei ist sie so alt wie die Menschheit. Ist es nicht so, dass heute, wie in der Vergangenheit die sogenannte erste Welt in unsere Welt kam, um deren Reichtümer auszubeuten? Als deren Folge kommen wir nun in diese Länder. Wir wollen nur hier leben und Schutz finden. Viele würden auch wieder in ihre Heimat gehen, wenn Sie zuvor Bürger eines sicheren Zufluchtsland werden könnten. Es wäre dann möglich in unsere Heimat zu reisen, ohne Angst zu haben, verhaftet zu werden oder Willkür ausgesetzt zu sein.

Wie kann man Solidarität üben?
Von denjenigen, die zu uns kommen, Solidarität zeigen, spenden und uns in vieler Hinsicht unterstützen, wünschen wir uns, dass sie gleichzeitig Multiplikatoren unseres Anliegens werden. Wir hoffen, dass sich in der Wahrnehmung der Menschen etwas ändert. Die Erfahrung zeigt, dass die Menschen, die mit uns solidarisch sind, begreifen, dass sie von unten Druck aufbauen können und, dass sie auch von unten etwas bewegen können.

Hat der Senat oder der Bundesregierung schon eure Forderungen aufgenommen?
Die Politiker reden nur und geben Versprechen ab. Unsere Forderungen formuliert die Refugee-Bewegung bereits seit 15 Jahren. Es ist nichts passiert. Jetzt haben wir das Residenzgesetz umgangen und uns zu Fuß auf den Weg nach Berlin gemacht. Unterwegs sind auch einige aus anderen Flüchtlingslagern dazu gestoßen.

Welche Aktionen sind geplant?
Wir werden ein Tribunal abhalten. Angeklagt ist Deutschland, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Durch die europäischen Abschottungsmaßnahmen mit Deutschland an der Spitze werden jährlich tausende Flüchtlinge abgeschoben. Nach der Genfer Konvention darf ein Flüchtling nicht in ein Land ausgewiesen werden, in dem ihm Gefahr für Leben und Freiheit droht. Wir halten unsere Forderungen nach einer menschenwürdigen Behandlung aufrecht. Wir werden im Winter bleiben! Wir bleiben im Frühling! Wir werden hier bleiben, bis sich etwas bewegt!

+++ BVV-Splitter +++

Neuigkeiten aus BVV und Bezirksamt

Am 26. Oktober 2012 zeichneten die Bezirksverordneten und das Bezirksamt während eines Festakts in der Pablo-Neruda-Bibliothek folgende verdienstvolle Bürgerinnen und Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement in Friedrichshain-Kreuzberg mit der Bezirksmedaille aus:

- Frau Neriman Tuncer - Gründungsmitglied der Dossiergruppe und Mieterinitiative Kotti & Co
- Herr Muzaffer Topal - 1. Vorsitzender der Türkischen Folklore Gemeinschaft e. V.
- Frau Ana Lichtwer - Außerordentliches Engagement beim Berliner Büchertisch
- Herr Hugo Hofmann - Betreuer und Partner Kreuzberger Künstler
- Frau Irmela Mensah-Schramm - Beseitigung rechter Hassschmierereien im öffentlichen Raum

+++

Die Bezirksverordneten beschäftigten sich auf ihrer Sitzung unter anderem mit der A 100, dem Erhalt der Prinzessinnengärten und der Bereitstellung von Schlafplätzen für Obdachlose während der Kälteperiode. Dazu führte unser Stadtrat Knut Mildner-Spindler aus, dass in unserem Bezirk in der bevorstehenden Kälteperiode wie in jedem Jahr 44 Notübernachtungsplätze angeboten werden, die vom 1. November bis zum 31. März täglich durchgehend geöffnet sind. Davon sind zehn nur für Frauen vorgesehen. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung dreier Nachtcafés, die jeweils an einem Tag in der Woche Notübernachtungsplätze im Umfang von insgesamt 95 Plätzen anbieten.

+++

Eine gemeinsame Resolution von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten fordert das Land Berlin auf, von seinen rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen und die Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen durch eine entsprechende Rechtsverordnung zu untersagen. Grundlage dieser Resolution war ein Anwohnerantrag von Anwohnerinnen, Anwohnern und Mieter-Initiativen rund um die Richard-Sorge-Straße und um die nord-westliche Frankfurter Allee. Dieser fordert die Ausweisung sogenannter Milieuschutzgebiete sowie die Einführung eine Verordnung, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verhindern. Das Baugesetzbuch bietet die Möglichkeit, die Umwandlung in Wohnungseigentum durch den Erlass einer Umwandlungsverordnung einer vorherigen Genehmigungspflicht zu unterwerfen (§ 172 Abs. 1 Nr. 2., Abs. 4). Sie muss in Berlin auf Landesebene eingeführt werden.

+++

Konkrete Aufgaben gingen an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr. Dort soll über die Verkehrsberuhigung am Boxhagener Platz und die geplante Verlegung der Straßenbahnlinie 21 beraten werden.

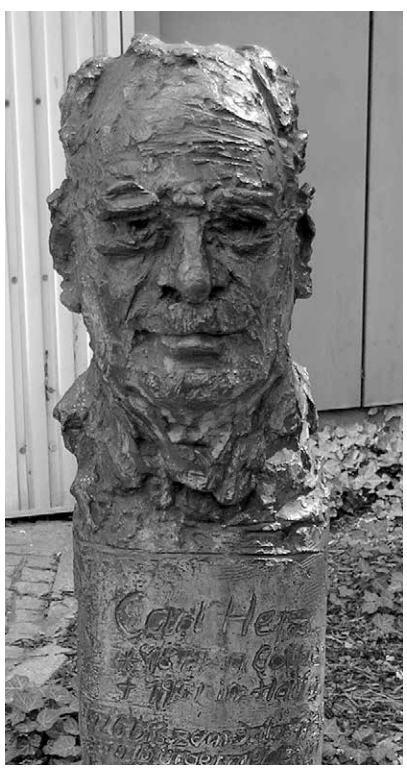
Regine Sommer-Wetter

Von Grasmöbeln, 1-Euro-Jobs und Anderem

Ein neues Buch stellt die Workstation Berlin vor

Die workstation ist in der Projektlandschaft der Offenen Werkstätten und des Urban Gardening eine frühe Pionierin. Recycling, vielmehr Upcycling, hatten die Gründerinnen und Gründer von Anfang an im Programm. Und bevor der rege Kauf und Tausch losging, war bereits das erste Berliner Projektelastenfahrrad eigenhändig gebaut, damit die Materialien auch umweltfreundlich abtransportiert werden konnten.
Die workstation mischte ebenfalls beim ersten Berliner Stadtpark im Bürgerinnen- und Bürger-Park – die Laskerwiese – mit und pflanzte Sitzmöbel im Mauerpark zwecks »Naturerweiterung, Thematisierung der Bebauungsproblematik, Partizipation«. Und Rosa Rose, berühmter zwangsgeräumter Friedrichshainer Gemeinschaftsgarten, steht auch eng mit der workstation in Verbindung ...
Die workstation ist ein Möglichkeitsraum der besonderen Art. Hier soll / kann mensch alles Mögliche selber machen, vor allem aber sich seine eigenen Gedanken. Es geht um das neue, das eigene Heim: Wie man eigentlich leben und arbeiten will ...

Von Grasmöbeln, 1-€-Jobs und Anderem - ein Portrait der workstation ideenwerkstatt berlin;
ISBN 978-3-940865-41-0
2012 I 240 Seiten I 16,00 €;
Erhältlich in jedem Buchladen und unter: http://agspak-buecher.de



RUBRIK

Auf die Straßen, Plätze, los

Carl-Herz-Ufer

Von der Prinzenstraße aus kommend die Baerwaldbrücke querend, zieht sich nach beiden Seiten das Carl-Herz-Ufer. Die Benennung am 25.11.1965 war eine später Erinnerung an einen Bürgermeister Kreuzbergs, der im März 1933 von den Nazis gewaltsam abgesetzt und öffentlich misshandelt wurde. Was war geschehen?

Seit 1909 war der Rechtsanwalt und Nationalökonom Herz Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der SPD in Altona. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gehörte er zu denen, die massiv gegen die Kriegskredite auftraten. Als USPD-Mitglied beteiligte er sich 1918 an der Novemberrevolution und war – derzeit selber Soldat – im Arbeiter- und Soldatenrat für Groß-Hamburg. Drei Jahre später wurde er zum Stadtrat von Berlin-Spandau und 1926 zum Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg gewählt.

Er wirkte maßgeblich mit an der Ausarbeitung des Heidelberger Programms der SPD. Herz stand für „Selbstverwaltung und Sozialismus“, wie der Titel des von Christian Hanke verfassten Werkes über den Mann herausstellt. Nach seiner Emigration nach London 1939 wurde er, für die internationale Gruppe „Fight for Freedom“ tätig. Im Exil verfasste er Schriften über die großen Fehler der SPD während der Weimarer Republik und über „Die Ent-Preußifizierung Deutschlands: ein schwieriges Problem“. Nach Kriegsende beteiligte Herz sich an der Formulierung der Vorschläge für die Potsdamer Konferenz.

Letzte Wahlheimat wurde ihm, dem Juden, 1946 Palästina, wo er fünf Jahre später starb. Seit 1985 erinnert eine Stele vor dem Bezirksamt an seinen ehemaligen Bürgermeister.

Holger Klemm

In den **Bundestag!**

Halina Wawzyniak tritt 2013 für DIE LINKE in unserem Bezirk an

Wer die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak in den vergangenen Wochen auf dem Oranienplatz oder am Brandenburger Tor als Unterstützerin der protestierenden Flüchtlinge erlebt hat, weiß, dass auf eine wie sie der Satz „Ihr da oben wisst doch nichts davon, wie es den Menschen draußen geht“ nicht zutrifft. Die Bundestagsabgeordnete weiß es sehr wohl. Sie ist draußen, fragt nach, hört zu und wenn sie helfen kann, hilft sie.

Halina Wawzyniak macht seit drei Jahren im Bundestag für DIE LINKE Politik. Am 24. November 2012 wählten die Vertreterinnen und Vertreter aus Friedrichshain-Kreuzberg / Prenzlauer Berg Ost die 39-jährige Juristin zur Direktkandidatin. Sie soll, wenn es nach den Genossinnen und Genossen geht, auch in der nächsten Legislaturperiode im Bundestag linke Politik machen und die Interessen der Menschen im Wahlkreis 83 vertreten.

Halina Wawzyniak hat immer so gearbeitet und sich stets so engagiert, als sei es ihr Direktwahlkreis; heißt, sie hat sich gekümmert: um die Belange, Sorgen und Probleme vieler Menschen, um Themen wie Mietrecht, Renten, Hartz IV, Stadtentwicklung, Kampf gegen Nazis, Teilhabemöglichkeiten für alle. Sie unterstützt jeden Monat ein Projekt, eine Initiative, einen Verein mit einer Spende in Höhe von 330 Euro, insgesamt bisher mehr als 12.000 Euro. Teilhabe und Transparenz sind zwei sperrige Begriffe, die sich auf den ersten Blick nicht gleich mit Alltagsdingen verknüpfen lassen. Beide Themen aber waren ausschlaggebend dafür, dass Halina Wawzyniak netzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE geworden ist. Es ging ihr vor allem auch darum, dass alle Menschen von den Möglichkeiten des Internets profitieren können, Armut nicht dazu führt, davon ausgeschlossen zu werden und Politik nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet.

Es sei weitaus einfacher als gedacht gewesen, die Anliegen der Menschen, Initiativen, Vereine des Wahlkreises – das außerparlamentarische wirkliche Leben also – mit dem zu verbinden, was man im Bundestag tue, sagt die Abgeordnete Wawzyniak und macht das an vielen Beispielen fest. So am Thema steigende Mieten, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Verdrängung gewachsener Nachbarschaften durch Mietwucher und Privatisierung. „Ich habe von Beginn an in meinem Wahlkreisbüro regelmäßig Sozial- und Mietenberatung angeboten und dafür einen engagierten Anwalt gewinnen können. So konnten wir im Laufe der Jahre vielen Menschen ganz praktisch mit Rat und Tat helfen. Praktische Lebenshilfe – auch das verstehe ich unter Kümmererpartei!“

Kathrin Gerlof

Foto: Rico Preuss

Praktische Wahlkreisarbeit: Halina Wawzyniak spendete Detlef Zöllner einen Laptop. Den benötigt der Ehrenamtliche für seine Hartz IV-Beratung, die er im Friedrichshainer Kiez-Zentrum RuDI anbietet.

Law & Order oder Szenebezirk?

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist weit über die Grenzen Berlins für sein Gastronomieangebot bekannt. Ob nun Szenelokal, Imbissbude oder Club – es gibt nichts, was es in unserem Bezirk nicht gibt. Viele der Lokale in Kreuzberg blicken auf eine lange, alternative Tradition zurück. Sie haben schon bestanden, als dieser Teil von Berlin noch nicht Jahr für Jahr hundertausende Touristen angezogen hat und der Begriff „Verdrängung“ allzu häufig mit einem deftigen „Hausbesetzung“ beantwortet wurde.

In diesem Umfeld habe sich einst die Grünen etabliert. Heute ist Friedrichshain-Kreuzberg der einzige Berliner Bezirk, wo die Partei, die aus diesem linken, szenigen und unangepassten Umfeld entstanden ist, einen Bezirksbürgermeister und in der Bezirksverordnetenversammlung mit Abstand die stärkste Fraktion stellt. Alle vier Jahre zur Bundestagswahl bejubelt die Partei zudem ihr bundesweit einziges Direktmandat. Zur politischen Wahrheit gehört aber auch, dass die Verantwortungsträger in BVV-Fraktion und Bezirksamt bei weiten nicht mehr so „alternativ“ sind, wie das gemeinhin angenommen wird:

Vor Monaten wurde im Wirtschaftsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung eine Vorlage angekündigt, die eine Begrenzung der Außenflächen der Gastronomiebetriebe zum Gegenstand hat. Bisher hat uns diese Vorlage noch nicht erreicht, allerdings einige Anrufe höchst beunruhigter Gastwirte, die vom bezirklichen Ordnungsamt die Auskunft erhalten haben, dass eine Genehmigung in der Größenordnung, wie sie dieses Jahr noch gängig gewesen ist, zukünftig nicht mehr möglich sein wird. Gleichzeitig wurden umfassendere Kontrollen angekündigt und allgemein darauf verwiesen, dass man insgesamt die Frage der Tische und Bänke vor den Lokalen weniger tolerant handhaben wolle.

DIE LINKE hat mit einer derartigen Klientelpolitik ein Problem: Unser Bezirk ist zu Recht stolz auf seine besondere Kneipen- und Gaststättenkultur. In vielen Kiezen gehören die „Schankgärten“ vor den Lokalen eben genau zu dieser Kultur. Eine „Law&Order“-Politik wird von der LINKEN grundsätzlich nicht unterstützt. Auf mehr Gegenliebe stößt das grüne Vorhaben wohl beim Kooperationspartner SPD. Diese verlangt in einem Antrag gar, die „Begrenzungen“ der Flächen „moderat sichtbar“ einzuzeichnen und fordert in der Begründung relativ unverhohlen die Bürgerinnen und Bürger zur Denunziation auf, sollte sich ein Wirt nicht an die Vorgaben halten.

So sehr DIE LINKE. in der Bezirksverordnetenversammlung das Ruhebedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Ernst nimmt: Eine solche Politik passt nicht zu unserem lebendigen Bezirk. Das in Bereichen, wo nahezu ausschließlich Wohnbebauung existiert andere Regelungen gelten sollten, als dort, wo etablierte Lokale – teilweise seit Jahrzehnten – Außenflächen unterhalten wird nicht bestritten.

Wenn die Auskünfte des Ordnungsamtes tatsächlich dem politischen Willen der grünen „Bezirksregierung“ entsprechen, trägt sie alleinig die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen für viele der kleineren Gaststätten und Betriebe!

Oliver Nöll

Europaweiter **Streik**

14.November: Berliner LINKE beim internationalen Ausstand dabei

Millionen von Menschen sind an diesem 14. November in Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern in den Streik getreten gegen die Spar- und Verarmungspolitik der EU und der nationalen Regierungen. In etlichen anderen Ländern haben - zum Teil sehr große - Solidaritätsaktionen mit den Generalstreiks stattgefunden.
In Berlin hat der Deutsche Gewerkschaftsbund zu einer Kundgebung am Brandenburger Tor aufgerufen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften aus verschiedenen europäischen Ländern schilderten die Folgen der vor allem von der Bundesregierung vorangetriebenen Sparpolitik für die Gemeinwesen in ihren Ländern. Gesellschaftliche Ausgrenzung, die Verarmung nicht nur der öffentlichen Hand, sondern vor allem vieler Beschäftigter, Erwerbsloser, Rentnerinnen und Rentner und Millionen von Kindern sind die Folgen. Sie haben für die Folgen der internationalen Spekulationsgeschäfte von Banken und Konzernen aufzukommen, während diese weiter ihren Geschäften nachgehen können. Dagegen wachsen die europäischen Proteste und das ist gut so. In der anschließenden Demonstration und Abschlusskundgebung forderte die LINKE mit Parteivorstandsmitglied Katina Schubert, endlich europaweit die Vermögenden, die Banken und großen Konzerne zur Finanzierung der Krise heranzuziehen und Europa zu demokratisieren. Wir wollen kein Europa der Banken und Konzerne, der gesellschaftlichen Ausgrenzung, Verarmung und des Rassismus. Die Krise hat dazu geführt, dass viele Menschen geflüchtet sind oder vertrieben wurden, weil sie im Herkunftsland kein Auskommen mehr finden. Viele - vor allem Roma - sind nach Südeuropa gegangen, wo sie wieder vertrieben wurden. Jetzt sind viele von ihnen in Deutschland und wieder droht ihnen die Ausweisung oder Abschiebung. Krisenbekämpfung heißt immer auch, Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung.

Foto: Katina Schubert

Trocken Brot statt Kuchen

Nachdem das Bundeskartellamt verfügt hat, dass die Wasserpreise in Berlin um mindestens 17 Prozent gesenkt werden müssen, standen die Chancen gut, endlich die überhöhten Gewinne der teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe radikal runterzufahren. Aber diese Chance hat die SPD-CDU-Koalition fahrlässig oder vielleicht sogar vorsätzlich vertan. Letzte Woche hat die rot-schwarze Koalition den Rückkauf der RWE-Anteile beschlossen – was nur auf den ersten Blick wie eine Rekommunalisierung aussieht. In Wirklichkeit bleiben die Teilprivatisierungsverträge von 1999 bestehen mit all ihren nachteiligen Wirkungen: Dem privaten Konzern Veolia werden weiterhin überhöhte Gewinne gewährt, und die bürgerfreundliche Steuerung der Berliner Wasserbetriebe kann weiterhin durch Veolia blockiert werden.
Und weil (fast) alles beim schlechten Alten bleibt, können auch die Wasserpreise nur in viel zu geringem Maße gesenkt werden. Notwendig ist, dass nicht nur 60 Millionen Euro pro Jahr an die Berliner Wasserkunden zurückgegeben werden, sondern mindestens das Doppelte. Denn nicht nur die Wasserpreise sind zu hoch, sondern auch die noch höheren Abwasserpreise.

Es ist offensichtlich, dass der linke Flügel der Berliner SPD mal wieder als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet ist – durchgesetzt haben sich dagegen die Berliner CDU, die weiterhin gerne mit Veolia auf Kosten der Wasserzahler kuscheln will, und Finanzsenator Nussbaum, der weiterhin überhöhte Gewinne aus dem Wassergeschäft in seinen Haushalt einstellen möchte.

Harald Wolf, MdA

Leiharbeit verbieten, Hartz-Gesetze zurück-nehmen

Zum zehnten Jahrestags der Armutsgesetze

Leiharbeit ist organisiertes Lohndumping und gehört verboten. Die Menschen müssen von ihrer Arbeit wieder leben und ihr Leben wieder planen können. Mit den Hartz-Gesetzen haben sich Niedriglöhne, Angst und Unsicherheit wie ein Krebsgeschwür in dieser Gesellschaft ausgebreitet. Eine Rücknahme dieser unsozialen Reformpakete wäre im Interesse der Beschäftigten und der Arbeitslosen in Deutschland und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Ungleichgewichte in Europa.

Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war. In diesem Sinne begrüßen wir den Sinneswandel der Grünen in NRW, die sich für eine komplette Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen ausgesprochen haben. Gleichzeitig bedauern wir, dass das Spitzenpersonal von Grünen und SPD bis heute nicht die Kraft aufbringt, die Fehler der Agenda-Politik einzusehen. Es bleibt dabei: Wer gute Löhne, eine gute Rente sowie eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung durchsetzen will, kommt an der Linken nicht vorbei.

Sahra Wagenknecht

Geisterfahrt Personalabbau

Ein Drama in sechs Akten

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg stellt sich gegen den vom schwarz-roten Senat verordneten Kahlschlag in den Bezirksämtern. Der geplante Personalabbau führt dazu, dass unverzichtbare Aufgaben für die Menschen in der Stadt nicht mehr erbracht werden können. Wir haben konkrete Beispiele aus verschiedenen Bezirken zusammen gestellt. Sie zeigen: Die Geisterfahrt des Senates bringt die Verwaltung zum Zusammenbruch. Ein Drama in sechs Akten:

I
In Charlottenburg-Wilmersdorf schließt bis Jahresende das BAFöG-Amt. Grund: Es ist fünf Monate im Rückstand mit der Antragsbearbeitung und muss diesen ohne Publikumsverkehr abarbeiten. Bis dahin sind Sprechstunden Fehlanzeige.

II
In Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg werden bis zum Jahr 2016 ein Viertel aller Gärtnerinnen und Gärtner in den Ruhestand gehen, die Stellen nach dem Willen des Senats nicht wieder besetzt. In Mitte wird der Etat für die Grünflächen – im Vergleich zu 2010 – gleich mal um eine Million Euro gekürzt. Fällt ja nicht auf, könnte man sagen. Wenn man keine Chance hat, die frei werdenden Stellen von Gartenarbeiterinnen und -arbeitern neu zu besetzen, darf man halt keine Grünflächen anlegen.

III
Im Bezirk Mitte verschickt das Jugendamt jetzt Standardschreiben: Familiengerichten wird mitgeteilt, dass ein angeforderter Bericht in Familienangelegenheiten – außerhalb von Kinderschutzfällen – »aufgrund des akuten Personalnotstandes frühestens in drei Monaten möglich« sei. Ladungen der Amtsgerichte in Familiensachen werden grundsätzlich nicht mehr wahrgenommen. Umgangsberatungen bei Trennung und Scheidung sind im Jugendamt nicht mehr möglich. Die Personalengpässe werden sich in den kommenden Monaten noch verstärken.

IV
Mehr Personal kann Geld sparen. Diese Erfahrung machte jetzt der Bezirk Mitte. Dort haben drei zusätzliche Mitarbeiterinnen, die die Abrechnung der mehr als 200 Pflegedienste im Bezirk kontrollieren, Minderungen der Rechnungsbeträge in Höhe von mehr als 300.000 Euro erwirtschaften können. In Neukölln wurde die gleiche Erfahrung gemacht – nur leider anders herum: Dort führten Personaleinsparungen im Sozialamt zu einem sprunghaften Anstieg der (nicht mehr so intensiv kontrollierten) Ausgaben für die Wohnungslosenhilfe in Millionenhöhe.

V
Das 2009 eingerichtete und für ganz Berlin zuständige Zentrum für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen in Lichtenberg ist bedroht. Derzeit sind dort mehr als 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Da Lichtenberg Personal abbauen soll, hat der Bürgermeister des Bezirks Geisel (SPD) diesen Bereich ins Gespräch gebracht. Die Folge wäre die Gefährdung der gesundheitlichen Lage in der gesamten Stadt. Vor 100 Jahren starb noch jeder vierte Erwachsene an TBC. Heute sind Tuberkuloseerkrankungen selten – aber nicht ausgerottet.

VI
»Klinke« und »UNO« sind Jugendfreizeiteinrichtungen in Marzahn-Hellersdorf, die vor Kurzem schließen mussten. Der Bezirk braucht die dort Beschäftigten, um die personelle Notlage im Bereich Kinderschutz auszugleichen. Einstellungen wurden durch die Berliner Finanzverwaltung nicht genehmigt. Um den Kinderschutz notdürftig aufrecht erhalten zu können und weil in den nächsten Monaten die befristeten Arbeitsverträge weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auslaufen, wird sich die Situation weiter verschärfen. Streetworker und präventive Jugendarbeit in Freizeiteinrichtungen werden Luxus. Denn Ersatz für fehlendes Personal wird es vom Senat nicht geben.

Am 8. November wurde im Abgeordnetenhaus der Antrag der Linksfraktion »Geisterfahrt Personalabbau in den Bezirken beenden« mit den Stimmen der Koalition abgelehnt. Die sonst übliche Beratung in den Ausschüssen wurde dem Antrag verweigert...

Asyl-**Unrecht** beenden

Die Berliner Linksfraktion setzt sich dafür ein, dass Asylsuchende nicht länger mit nur 60 Prozent von dem auskommen müssen, was Menschen zusteht, die von Hartz IV oder anderen Sozialleistungen leben. Gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus hat sie einen Antrag eingebracht, der den Senat auffordert, sich für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen. Das zementiert seit seiner Einführung 1993 die menschenunwürdige Schlechterstellung von Asylsuchenden.
Das Bundesverfassungsgericht stellte im Juli 2012 fest, dass das Asylbewerberleistungsgesetz gegen das Grundgesetz verstößt. Die Opposition fordert vom Senat, die Bundesratsinitiativen der Länder Rheinland- Pfalz, Bremen, Brandenburg und Schleswig-Holstein zu seiner Abschaffung zu unterstützen.

Vor Ort in der **Notunterkunft**

Abgeordnete bei Flüchtlingen in Grünau

Abgeordnete der Linksfraktion machten sich heute ein Bild von den Verhältnissen in der Not- und Erstunterkunft für Flüchtlinge in Berlin-Grünau. Vor Ort waren der Fraktionsvorsitzende Udo Wolf, die sozialpolitische Sprecherin Elke Breitenbach und der flüchtlingspolitische Sprecher Hakan Taş. Für DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick nutzte Hans Erxleben die Gelegenheit für viele Fragen im Gespräch mit dem Heimleiter der Einrichtung, die im Auftrag des Landes Berlin von der PeWoBe betrieben wird und derzeit etwa 100 Flüchtlinge beherbergt. Die Einrichtung ist ein Plattenbau, der zuletzt vom DRK genutzt wurde.
Die ersten Flüchtlinge konnten nur mit alten Feldbetten versorgt werden, bis Weihnachten sollen alle Räume mit ordentlichem Mobiliar eingerichtet sein, auch mehr als bislang vier Duschen zur Verfügung stehen.
Im Austausch mit dem engagierten Heimleiter wurde deutlich, dass der Senat die Bezirke und die Betreiber der Unterkünfte nur unzureichend unterstützt. Hilfe für die Flüchtlinge, die überwiegend aus Serbien, aber auch aus Syrien und dem Iran stammen, leistet ein Bürgerverein, dem auch die ehemalige Abgeordnete der Linksfraktion, Minka Dott angehört. Zum Termin hatte die Fraktion auch Berliner Journalistinnen und Journalisten eingeladen.

Foto: Kathi Seefeld

Elke Breitenbach, MdA, spricht in der Notunterkunft mit Journalisten.

Wohnungsnot und Mietwucher

Eine Konferenz von unten zum Sozialen Wohnungsbau in Berlin

Vor zehn Jahren fasste der Berliner Senat den Beschluss, aus der Anschlussförderung des Sozialen Wohnungsbaus auszusteigen; vor einem Jahr trat das umstrittene Berliner Wohnraumgesetz in Kraft – beides Entscheidungen mit guten Absichten, aber völlig unzureichenden Regelungen. Und deshalb nun auch mit schlimmen Folgen: Mieten steigen, Menschen werden aus ihren Wohnungen und ihrem Wohnumfeld verdrängt. Wer vom Wegfall der Anschlussförderung betroffen ist, sitzt auf einer tickenden Zeitbombe. Nach dem Wegfall der Anschlussförderung können Eigentümer jederzeit die Miete erhöhen, auch rückwirkend und auch deutlich über die Mietspiegelwerte hinaus.

Unter der Schirmherrschaft von Dr. Andrej Holm und organisiert durch „Kotti & Co“, „Die Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor“ und das „berliner bündnis sozialmieter.de“ fand am 13. November im Berliner Abgeordnetenhaus eine Konferenz unter der Überschrift „Nichts läuft hier richtig“ statt. Damit alte Fehler nicht wiederholt würden, müsse über den Sozialen Wohnungsbau geredet werden, sagten die Organisatorinnen und Organisatoren und luden Fachleute und Betroffene ein, um eine Bestandsaufnahme zu wagen und gemeinsam darüber zu diskutieren, was anders werden muss, damit es richtig läuft. Vorschläge liegen auf dem Tisch: Als Brückenlösung wird eine temporäre Senkung der Mieten auf 4 Euro pro Quadratmeter und die Übernahme der tatsächlichen Mieten durch die Jobcenter vorgeschlagen.

Foto: mc | http://mietendossier.blogsport.de

Langfristig aber müssen neue Lösungen für den Sozialen Wohnungsbau gefunden werden.

Es war eine Arbeitskonferenz. Deshalb gab es sowohl interessante wie auch anschauliche Vorträge und es wurde in verschiedenen Gruppen über Lösungsvorschläge nachgedacht. Ich habe mich für die Arbeitsgruppe „Anschlussförderung“ entschieden. Sebastian Jung aus dem Fanny-Hensel-Kiez beschrieb dort beispielsweise das System der Bereicherung im Rahmen der Kostenmiete. Die kann nach dem Wegfall der Anschlussförderung vom Vermieter verlangt werden. Laut Gesetz stünden dem Vermieter Renditen von maximal 6,5 Prozent zu, im genannten Kiez betragen sie bis zu 30 Prozent. Das ist kein Einzelfall. Ist eine Korrektur der rot-roten Entscheidungen unter diesem CDU-SPD-Senat denkbar? Nur – dies war der Tenor der Konferenz – wenn sich Betroffene wehren, für Rekommunalisierung und gegen weitere Privatisierung kämpfen und politisches Handeln erzwingen. Demokratisierung städtischer Wohnungsbaugesellschaften, ein neues Förderkonzept, Änderung des Wohnraumgesetzes zugunsten der Mieterinnen und Mieter, politische Richtsatzmiete – vieles wurde genannt, was Auswege aus der Misere weisen könnte.

Die Konferenz hat Wissen und praktische Erfahrungen an die Hand gegeben und sie hat ermutigt. Auch wenn es noch stärkerer und machtvollerer konkreter Forderungen bedurft hätte, die von der Politik sofort umgesetzt werden müssten. Aber dies könnte ja der nächste Schritt sein. Der erste war diese Art Erfahrungsaustausch und die Basis für noch bessere Vernetzung. Und das hat die Konferenz geleistet.

Termine

Der Rote Laden

mehr als eine Parteigeschäftsstelle
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 426 26 87, Fax 426 13 38
Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

Bürozeiten: Montag: 13 bis 18 Uhr; Dienstag und Donnerstag: 10 bis 18 Uhr Freitag: 9 bis 13 Uhr

Einführung in das Programm der LINKEN, Sonntag, 2. Dezember, 10:00 - 17:00 Uhr

Mitgliederversammlung der BO Kreuzberg, Donnerstag, 6.Dezember, 19.00 Uhr, Bürgerbüro am Mehringplatz, Mehringplatz 7

Berliner Schule – inclusive: Stadtpolitische Konferenz, Freitag, 7. Dezember, 10 – 17:00 Uhr, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstrasse 5

Treffen der BO5 / BO Warschauerstr., Montag, 17. Dezember, 18 Uhr

Was ist das Leben? Indianische Texte und Gedanken, Lesung mit Gesine Lötzsch,
Dienstag, 18. Dezember, 18:00 Uhr, Karl-Liebknecht-Strasse 28

Stammtisch der BO Kreuzberg,
Montag, 21. Januar, 19 Uhr, Bar „Exil“, Dresdner Strasse 9

Immer am 2. und 4. Donnerstag von 16-18 Uhr kostenlose **Sozial- und Mietenberatung** mit einem Rechtsanwalt, Bürgerbüro am Mehringplatz, Mehringplatz 7

Unsere Abgeordnete im Bundestag:
Halina Wawzyniak

Bürgerbüro in Kreuzberg:
Mehringplatz 7, 10969 Berlin
U-Bhf Hallesches Tor (U1/U6)

Mo. und Do.: 11.00 - 18.00 Uhr
Di., Mi. und Fr.: 9.30 - 15.00 Uhr

☎ 25 92 81 21 🖷 25 92 81 31
halina.wawzyniak@wk.bundestag.de

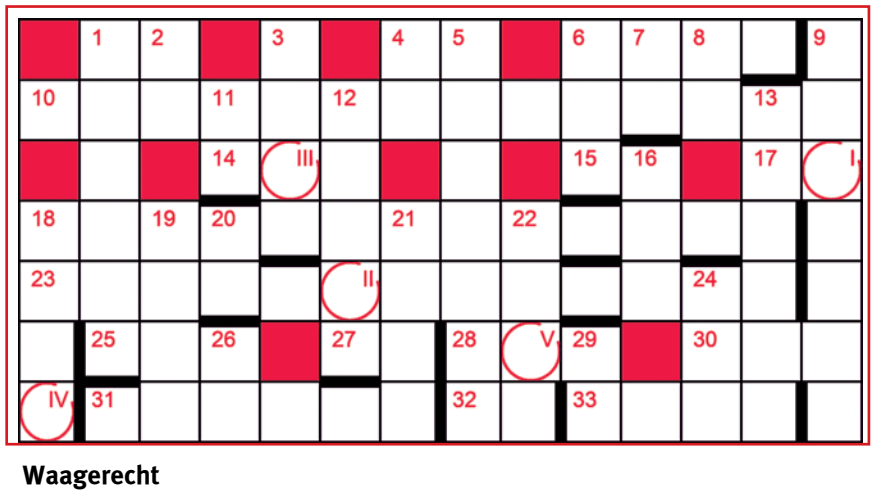
www.wawzyniak.de

Impressum:
Redaktionsschluss: 24.11.2012
Herausgeberin: DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/42626 87

www.dielinke-fk.de

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Holger Klemm, Regine Sommer-Wetter, Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

Kreuzhain-Rätsel



Waagerecht

1 Geheimdienst, der etwas schützt, was es nicht gibt 4 hier 6 Spitzname im WWW 10 Herdprämie 14 der eine bekleidet es, der zweite legt es nieder, der dritte missbraucht es 15 unseres Wissens (Abk.) 17 Agentur mit hohem (Nach-)Arbeitsbedarf, früher auch 14 waagerecht 18 Schwarz-Roter Kahlschlag 23 braucht unsere Unterstützung im Wahlkampf 25 auch nach 22 Jahren noch wie neu (Abk.) 27 Academic Years (Abk.) 28 voll 80er (Kfz) 30 Niete ohne IT 31 Schreddermeister (s. Akten von 6 senkr.) 32 Ermittlungsausschuss 33 digitaler Telefonstandard

Senkrecht

1 engagierte Gemeinschaft 2 kurzer Heiliger 3 engagierte Meinungsäußerung 4 Wer fährt nach 23 waagerecht? 5 Beschuldigung 6 Neonazis mit (Selbst-)Zerstörungstrieb 7 Industriegewerkschaft 8 Communist Era (Abk.) 9 Verbindungsstück 11 Armee der Sowjetunion (Abk.) 12 Manns Professor durcheinander 13 Gefühlswellen 16 Wohnberechtigungsschein (Abk.) 18 Autoreifen 19 Weinpflanze 20 kleine Verspätung (engl. Abk.) 21 Zufluchtsort 22 Berichte, Protokolle (lat.) 24 im Film happy 26 landwirtschaftliche Nutzfläche (Abk.) 29 Ich bin beeindruckt! (engl. Abk.)

Jeden 5. Berliner hat sie!

I	II	III	IV	V